

**Ergebnisprotokoll**  
**der Sitzung des Vorstandes des Landesintegrationsrates NRW**  
**am 05.04.2025, 10:00 Uhr in Düsseldorf**

Beginn:	10:00 Uhr
Ende:	12:45 Uhr
Teilnehmer/innen	s. beigefügte Liste ( <b>Anlage 1</b> )
Protokollführung:	Silvio Vallecoccia

Folgende Tagesordnung wurde behandelt:

1. Verabschiedung des Protokolls vom 15.02.2025
2. Berichte des Vorsitzenden und der Geschäftsstelle, Berichte der Vorstandsmitglieder über wahrgenommene Termine
3. Brandanschlag von Solingen am 25. März 2024 – neue Erkenntnisse und Entwicklungen
4. Rechtsextremistisch motivierte Straftaten – aktueller Bericht
5. Wahl des Gremiums gemäß § 27 GO NW und Kommunalwahlen 2025
  - Wahlkampagne
  - Logo
6. Projekt „Mehr als Du siehst!“
7. Umfrage zur Verbesserung der Arbeit der Integrationsräte/-ausschüsse
8. NEU: Vorschlag zur differenzierten Begriffswahl in der öffentlichen Kommunikation über Geflüchtete

**TOP 1: Verabschiedung des Protokolls vom 15.02.2025**

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 15. Februar 2025 wurde einstimmig angenommen. Lediglich ein Hinweis auf eine fehlende Entschuldigung von Fotis Matentzoglou wurde ergänzt

**TOP 2: Berichte des Vorsitzenden und der Geschäftsstelle, Berichte der Vorstandsmitglieder über wahrgenommene Termine**

Der Vorsitzende Tayfun Keltek informierte zunächst über aktuelle Veränderungen in der Geschäftsstelle des Landesintegrationsrates NRW. Johanna Knoop kehrt nach ihrer Elternzeit als Referentin (75%) am 07.04.2025 zurück. Der befristete Arbeitsvertrag von Dr. Christian Schramm als Referent (75%) in Elternzeitvertretung zum 31.03.2025 ist abgelaufen.

Jan-Luca Seidler beendet sein Praktikum am 30.04.2025. Melissa Dilara Ergen hat ihr Praktikum am 01.04.2025 begonnen (geplant bis zum 15.07.2025).

Der Vorsitzende erwähnte zahlreiche wahrgenommene Termine im Zeitraum seit der letzten Sitzung. (Vgl. Sitzungsunterlagen mit detaillierter Auflistung). Einzelne Termine wurden besonders hervorgehoben:

- "10+1 Bäume" in Krefeld: Eine bedeutende Gedenkveranstaltung, bei der in Kooperation mit einer lokalen Schule Gedenkbäume für Opfer rassistischer Gewalt gepflanzt wurden. Die Veranstaltung hatte eine große öffentliche Resonanz und wurde von über 150 Personen, darunter viele Persönlichkeiten der Stadtgesellschaft, besucht.
- Iftar Essen mit dem Ministerpräsidenten NRW, Hendrik Wüst: Ziel war es, den Dialog zwischen Landesregierung und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu vertiefen.
- Feier zum 40-jährigen Bestehen des Integrationsrates Köln: Diese Veranstaltung fand in Anwesenheit hochrangiger Gäste, darunter Integrationsministerin Josefine Paul sowie Oberbürgermeisterin Henriette Reker, statt. Eine umfangreiche und anschaulich gestaltete Dokumentation über die Arbeit der Integrationsrat der Stadt Köln wurde vorgestellt.
- Fachtag „Türkischer Rechtsextremismus“: im Vorstand wird ausführlich über die Veranstaltung ausgetauscht. Der Vorsitzende wird Kontakt mit dem Innenminister Reul aufnehmen, um insgesamt das Thema Rechtsextremismus in NRW zu besprechen.

In Zusammenarbeit mit Andreas Vetter wurde ein Coaching-Projekt zur Weiterentwicklung kommunaler Integrationsstrukturen durchgeführt. Die Rückmeldungen zeigen: Während einige Kommunen Verbesserungspotenziale ernst nehmen und an ihrer Weiterentwicklung arbeiten, bleibt der Fortschritt in anderen Kommunen eher marginal. Andreas Vetter wird angefragt, ob er einen kurzen schriftlichen Bericht für den Vorstand erstellen kann.

Der Vorsitzende kündigte die Intention an, Coachingsformate verstetigen zu wollen, um die Handlungsfähigkeit lokaler Integrationsräte nachhaltig zu stärken. Insbesondere auch im Hinblick auf die anstehenden Änderungen des § 27 der Gemeindeordnung wird eine enge Begleitung der kommunalen Gremien für notwendig erachtet.

Die stellv. Vorsitzende, Ksenija Sakelšek, informiert, dass der WDR einige Veranstaltungen anlässlich des 70jährigen Jahrestags des Anwerbeabkommens mit Italien plant.

Der Vorsitzende informiert über die Idee einer Satzungsänderung des Landesintegrationsrates NRW. Es wird die Bildung von Vorschlagslisten für die kommenden Vorstandswahlen angestrebt. Das Thema wird ausführlich bei der nächsten Vorstandssitzung behandelt.

Der Vorsitzende weist auf die Pressemitteilungen und auf den Pressespiegel mit relevanten Informationen hin (Vgl. Sitzungsunterlagen).

### **TOP 3: Brandanschlag von Solingen am 25. März 2024 – neue Erkenntnisse und Entwicklungen**

Besonders betroffen zeigte man sich über den Brandanschlag in Solingen am 25. März 2024. Zunächst wurde die Tat in offiziellen Stellungnahmen nicht als rassistisch eingestuft. Nach neuer Beweislage und öffentlichem Druck wird dies inzwischen anders gesehen:

- Die juristische Aufarbeitung läuft. Es wurden Strafanzeigen gegen ermittelnde Beamte gestellt, die Beweise nicht ordnungsgemäß behandelt haben sollen.
- Die Nebenklägerin legte weiteres Beweismaterial vor, das auf ein rechtsextremes Motiv hindeutet.

Der Landesintegrationsrat NRW wird die weiteren Entwicklungen im Blick behalten.

### **TOP 4: Rechtsextremistisch motivierte Straftaten – aktueller Bericht**

In der Diskussion wurde die Zunahme rechtsextremistischer Straftaten im Jahr 2024 thematisiert. Der Vorsitzende betont die wachsende Gefahr durch die rechte Szene und kritisierte eine „Blindheit auf dem rechten Auge“ in der Gesellschaft, in Institutionen und Ämter sowie unzureichende mediale Berichterstattung. Weitere Beiträge verwiesen auf eine hohe Dunkelziffer und auf weitere Extremismusformen.

Der stellv. Vorsitzende, Seyfullah Köse wies auf die mangelnde Dokumentation von Antiziganismus hin und forderte mehr Einfluss im Rundfunkrat. Es wurde betont, dass mehr Beschwerden aus der Bevölkerung nötig seien, um redaktionelle Veränderungen zu erreichen. Der WDR habe kürzlich eine entsprechende Stelle geschaffen.

Abschließend schlug der Vorsitzende vor, in künftigen Vorstandssitzungen eine „Aktuelle Stunde“ am Ende der Sitzung einzuführen, um aktuelle politische Themen regelmäßig aufgreifen zu können.

### **TOP 5: Wahl des Gremiums gemäß § 27 GO NW und Kommunalwahlen 2025**

Der Vorsitzende weist auf die Stellungnahme des Landesintegrationsrat NRW zur Novellierung der Gemeindeordnung NRW (GO NW). Der Geschäftsführer berichtet über den geplanten Ablauf bis zur Gesetzverabschiedung der Novellierung der GO NW, die voraussichtlich am 1.11.2025 in Kraft tritt.

Der Vorsitzende berichtet über laufende Bemühungen, die kommunalen Spitzenverbänden stärker in strategische Gespräche über die Entwicklung von Integrationsräten und die Umsetzung von § 27 der GO NW einzubeziehen. Die von den kommunalen Spitzenverbänden eingereichte Stellungnahme enthält Positionen, die der Landesintegrationsrat nicht teilt, was beim Vorsitzenden auf deutliche Enttäuschung stößt.

Die Vorstandsmitglieder sollen die Mitglieder des Landtages aus ihren Kommunen für das Thema gewinnen und die Stellungnahme des Landesintegrationsrates bekannt machen. Es sollen Briefe formuliert werden, um die Novellierung im Sinne des Landesintegrationsrates NRW zu unterstützen. Die Betreuungskommunen sollen auch mobilisiert werden. Darüber hinaus sollen die Vorstandsmitglieder die Umsetzung des novellierten § 27 GO NW in den eigenen Integrationsräten sowie in den betreuten Kommunen eng begleiten.

Es wird entschieden, das Logo des Landesintegrationsrates NRW beizubehalten und als Muster für das Logo der kommunalen Ausschüsse für Chancengerechtigkeit und Integration zur Verfügung zu stellen.

Die Geschäftsführer präsentiert verschiedene mediale Materialien (Videos, Plakate, Webseite, Flyer, etc.) für die Wahlkampagne 2025.

#### **TOP 6: Projekt „Mehr als Du siehst!“**

Der Vorsitzende erkundigte sich, ob alle Vorstandsmitglieder bereits eine Veranstaltung im Rahmen der Kampagne „Mehr als Du siehst“ organisiert haben. Er schlug vor, diese Veranstaltungen mit Wahlkampagnen und Einbürgerungskampagnen zu kombinieren. Er verwies auf bereits stattgefundene Termine (vgl. Unterlagen) und nannte kommende Veranstaltungen.

Schulen wurden als besonders geeigneter Ort hervorgehoben, da sie zur Stärkung des Selbstbewusstseins junger Menschen beitragen können. Der Vorsitzende erinnerte zudem an die verschickten Briefe an Ministerien und Träger der freien Wohlfahrtspflege, um auch Veranstaltungen vor Ort bei ihren Institutionen zu organisieren.

#### **TOP 7: Umfrage zur Verbesserung der Arbeit der Integrationsräte/-ausschüsse**

Die Umfrage ist beendet. Die Daten werden ausgewertet und ein Bericht wird fertiggestellt.

#### **TOP 8: Vorschlag zur differenzierten Begriffswahl in der öffentlichen Kommunikation über Geflüchtete**

Der Beisitzer Abbas Jaber Obaid schlägt vor, statt „Flüchtlinge“ den Begriff „Einwohner:innen mit Fluchterfahrung“ zu verwenden, um Zugehörigkeit stärker zu betonen.

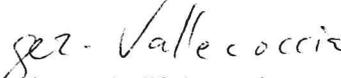
Der Vorsitzende weist auf den Unterschied zwischen „Einwohner“ und „Sachkundiger Bürger“ hin und schlägt als Begriff „Bürger:innen mit Fluchterfahrung“, um die Zugehörigkeit zur Kommune zu betonen. Die Stellv. Vorsitzende, Ksenija Sakelšek, regt an, die Meinung des Flüchtlingsrats NRW einzuholen. Es wird von mehreren Vorstandsmitgliedern betont, wie wichtig eine positive Besetzung von Begriffen ist.

Ein weiterer Begriff „Menschen mit Fluchterfahrung“ wird vorgeschlagen. Es wird aber darauf hingewiesen, dass Geflüchtete Menschen ebenfalls „Menschen mit internationaler Familiengeschichte“ sind. Es gehe darum, Stolz und Zugehörigkeit zu vermitteln und nicht eine weitere Kategorie neben den „Menschen mit internationaler Familiengeschichte“ zu schaffen.

Weiterer Beratungsbedarf wird festgestellt. Deshalb wird der TOP auf die nächste Sitzung vertagt.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Teilnahme und schließt die Sitzung.

  
(Vorsitzender)

  
(Protokollführung)